

Plenarrede
zum Antrag der Fraktion der FDP und der Fraktion der CDU
"Internationales Jahr der Biologischen Vielfalt 2010:
erfolgreiche Natur- und Artenschutzpolitik in Nordrhein-
Westfalen fortsetzen"
am 24. März 2010

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Es ist gut, dass die Vereinten Nationen das Jahr 2010 zum Internationalen Jahr der biologischen Vielfalt ausgerufen haben. Durch diese Entscheidung wird erneut die Bedeutung der biologischen Vielfalt für den Bestand einer lebenswerten Welt in allen Kontinenten in den Fokus der Politik und Öffentlichkeit gerückt.

Durch die öffentlichen und politischen Diskussionen wird das Augenmerk weltweit, so auch in unserem Lande, erneut auf die Bedeutung und den Wert des Artenschutzes gelenkt. In den vergangenen Jahrhunderten sind durch die Industrialisierung mit ihren Folgen große Schäden in unserer Natur und Umwelt weltweit entstanden.

Daher ist seit Jahrzehnten der Erhalt und die Sicherung der biologischen Vielfalt eine der größten Herausforderungen unseres Jahrhunderts.

Für uns alle ist die stetige Verfügbarkeit von ausgeglichenen Ökosystemen und die Sicherung der genetischen Ressourcen eine unverzichtbare Aufgabe, weil dadurch unsere Lebensgrundlagen gesichert werden.

In unserem Land - und damit meine ich die Bundesrepublik - ist dies schon lange erkannt worden. Aufgrund dieser Erkenntnis hat die Bundesregierung bereits im Jahr 2007 mit der Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt ein Paket mit 330 Zielen und rund 430 Maßnahmen für den Erhalt der Artenvielfalt verabschiedet.

Die Verantwortung für die Erreichung dieser Ziele liegt auf vielen Schultern. Neben der Bundesrepublik sind in erster Linie die Länder und Kommunen gefordert. Aber auch Naturschutzverbände und Organisationen in Land- und Forstwirtschaft sowie in Industrie und Gewerbe müssen hier mitwirken.

Schließlich kommt den ehrenamtlichen Helfern vor Ort, denen ich ausdrücklich für die vielfältig geleistete Arbeit meinen Dank aussprechen möchte, eine ganz entscheidende Rolle zu.

Die biologische Vielfalt finden wir draußen in der Natur und nicht an Konferenztischen oder in Versammlungsräumen. Von dort können Anstöße und Strategien formuliert werden und auch die Bewilligung von öffentlichen Mitteln beschlossen werden, die zur Umsetzung der Maßnahmen erforderlich sind.

Im Industrieland Nordrhein-Westfalen war und ist der Erhalt der

biologischen Vielfalt seit Jahren eine Herausforderung, der sich das Parlament und die Regierungen gestellt haben.

Bei allem Sparzwang in Folge der beschränkten finanziellen Möglichkeiten wurden in den Landeshaushalten der vergangenen fünf Jahre erhebliche Finanzmittel für Umwelt, Natur- und Artenschutz eingestellt. Über 18 Millionen Euro wurden allein im Jahr 2009 verausgabt, so dass für Umwelt und Naturschutz zusammen mit EU- und Bundesmitteln über 50 Millionen Euro in Maßnahmenprogramme geflossen sind. Nie zuvor hat ein Landtag mehr Finanzmittel zur Verfügung gestellt.

Die überaus große Artenvielfalt in unserem Land wird durch umfangreiche Schutzmaßnahmen und in zahlreichen Schutzgebieten bestmöglich gesichert. Ich verweise hier nur auf 518 FFH-Gebiete, 27 Vogelschutzgebiete und 300 Naturschutzgebiete mit insgesamt 8,4 Prozent der Landesfläche.

Durch eine weitere Vernetzung dieser Kulissen in den nächsten Jahren soll der Biotopverbund vor allem qualitativ weiter verbessert werden.

Mit dem Nationalpark Eifel ist der landesweite Biotopverbund auf rund 11 Prozent der Landesfläche angewachsen, auf der sich die Pflanzen- und Tierwelt durch Natur-, Umwelt- und Artenschutz regenerieren und entwickeln können.

Klar sind wir uns auch darüber, dass wir uns auf dem Erreichten nicht ausruhen dürfen! Weitere auch große Anstrengungen sind

notwendig und auch mit beträchtlichen finanziellen Mitteln auszustatten.

Insbesondere gilt, auch in Zukunft die erfolgreichen Partnerschaften in den Vertragsnaturschutzprogrammen fortzuführen und qualitativ weiter zu entwickeln. Hierbei ist es besonders wichtig, dass Partnerschaft und Freiwilligkeit klar Priorität vor Ordnungsrecht behalten müssen.

In der Gesetzgebung wurden in dieser Legislaturperiode viele entscheidende Schritte zur Verbesserung der Biodiversität getan.

Zum Beispiel durch die Anlegung von Ökokonten, das Programm "Ländlicher Raum", die Kooperation "Mensch, Natur, Heimat - Partnerschaften für natürliche Lebensvielfalt vor Ort", das Netzwerk der Biologischen Stationen und die Initiative "Allianz für die Fläche" sind fester Bestandteil einer erfolgsorientierten und auch von Erfolgen begleiteten Umweltpolitik in unserem Lande.

Große europäische Vorgaben zum Umweltschutz, insbesondere dem Schutz der Gewässer und der Reinhaltung der Luft, werden in NRW konsequent in die Tat umgesetzt.

Die zur Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie notwendigen Maßnahmen sind eingeleitet und werden konsequent mit hohem Finanzaufwand realisiert. Durch eine enge und

kooperative Zusammenarbeit von Eigentümern, Nutzern und Schützern hat dieses Programm eine hohe Akzeptanz und erreicht damit hohe Schutzfunktionen.

Alle in der laufenden Legislaturperiode unternommenen erfolgreichen Maßnahmen und Projekte können sich sehen lassen, weil sie von allen Akteuren anerkannt und unterstützend begleitet werden.

Dies bestätigen auch BUND und NABU in ihrer kürzlich vorgestellten Studie zum Biodiversitätsschutz in Deutschland.

Nordrhein-Westfalen rangiert als Industrieland unter den vier Bundesländern mit den besten Bewertungen. Es wird in den Kategorien "Fördermitteleinsatz", "Naturschutzgebiete", und "Waldprozessschutzflächen" positiv bewertet.

Bei diesen Ergebnissen und vor diesem Hintergrund ist es nicht mehr nachvollziehbar, wenn vor allem seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen behauptet wird, Schwarz-Gelb trete das Naturerbe mit Füßen. Gerade von dieser Fraktion hätte jeder anstelle haltloser, unbegründeter Kritik positive Vorschläge zur Verbesserung der angeblich beklagenswerten Zustände erwartet. Nicht ein konstruktiver Vorschlag ist in fünf Jahren gemacht worden.

Abschließend einige Hinweise zum Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass der vorliegende Entschließungsantrag mit dem Antrag "Internationales Jahr der

Biologischen Vielfalt" nichts, aber auch gar nichts zu tun hat.

Bündnis 90/Die Grünen versuchen zum wiederholten Male mit der Angst der Menschen politisch zu spielen und Wahlkampf zu machen.

Das Fachministerium hat heute zu diesem Themenkomplex eine Pressemitteilung herausgegeben und wird das Thema auf der nächsten Agrarministerkonferenz behandeln.

Als Koalition haben wir unseren Antrag gestellt, um allen Menschen in NRW erneut deutlich zu machen, dass eine Umweltpolitik mit - und für die Menschen der Schlüssel zum Erfolg in Natur, Umwelt und Artenschutz ist.

Im Umwelt- und Naturschutz geht es nicht um Ideologien, sondern um die Identifizierung möglichst aller Menschen mit der ihnen anvertrauten Welt und dem dazu erforderlichen Schutz.

Von daher benötigen wir eine hohe Akzeptanz in der Gesellschaft, genauso wie hier in diesem "hohen Hause".

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

